AUSZUG

Gremium: Ortschaftsrat Barleben	Datum: 14.04.2011	Sitzung: ORB/003/2011
------------------------------------	----------------------	--------------------------

TOP 4.1.3. Festlegungskontrolle - Protokoll des Ortschaftsrates vom 11.01.2011

Vorlage: IV-0003/2011

1. Gefahrenstelle – Toranschlag Hof Mittellandhalle

Es wird eine Erklärung dazu erwartet, was unternommen wurde bzw. was noch unternommen wird, um diese Gefahrenstelle abzuändern.

Stellungnahme zur Anfrage

Die bauliche Ausführung entspricht der üblichen Art und Weise eine Torverriegelung herzustellen. Es gehen von ihr keine besonderen Gefahren aus. Insofern besteht kein Anlass zur Veränderung.

2. Winterdienst

Es wird festgestellt, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht so erfolgte, wie der Ortschaftsrat es erwartet hatte.

Hierzu sollte von der Verwaltung noch eine grundsätzliche Klärung erfolgen.

Stellungnahme zur Anfrage

Der OR Barleben regte in seiner Sitzung vom 11.01.11 an, dass vom Ordnungsamt Kontrollen durchgeführt werden, wo es Schwerpunkte gibt und kein Schnee von den Gehwegen geräumt wurde.

In ihrer Stellungnahme in der IV-0003/2011 (zur Sitzung des OR B am 14.04.11) hat die Verwaltung mitgeteilt, dass sie diesen Hinweis aufgreift.

Gleichzeitig wurde jedoch auf tatsächliche Probleme bei der Beurteilung des wirklich erforderlichen und vor allem zweckmäßigen Umfangs des Winterdienstes auf den Gehwegen hingewiesen.

Auszug aus der Stellungnahme der Verwaltung:

*Gerade im letzten Winter hat es sich jedoch gezeigt, dass das komplette Beräumen des Gehweges vom Schnee nicht unbedingt vorteilhaft war. Hier ergab sich aufgrund der Witterung, dass gerade an diesen Stellen ein schnelleres Überfrieren stattfand. Besser, vor allem sicherer, ließ es sich laufen in den Bereichen, wo der Schnee nicht komplett beseitigt wurde. Es stellt sich jedes Mal die nicht einfach zu beantwortende Frage, Winterwartung durch den Anlieger ja, aber in welchem tatsächlichen Umfang. **Hier muss von Fall zu Fall entschieden werden.***

Tatsächliche Feststellung in den beiden doch schneereicheren Wintern war, dass es auf den Gehwegbereichen, die bis auf das Pflaster frei gefegt waren, sehr schnell zu Glättebildung gekommen war. Und dies vor allem tagsüber, wenn der betroffene Grundstückseigentümer zumeist wegen Abwesenheit nicht reagieren konnte. Anders gestaltete es sich in den Bereichen, wo zwar Schnee geschoben wurde, jedoch eine dünne Schneedecke noch auf dem Pflaster verblieb. Die Glättebildung war hier nicht so ausgeprägt. D.h., diese Stellen waren leichter und sicherer zu begehen. Es war eindeutig festzustellen, dass die Fußgänger die vollkommen gereinigten Bereiche versucht haben zu meiden und eher dort gelaufen sind, wo eine dünne Schneedecke vorhanden war.

Und schaut man mal in die Kommunen, die in wesentlich schneereicheren Gebieten liegen und aus diesem Grund auch ein höheres Maß an Gästeverkehr aufweisen, so ist ersichtlich, dass auf den Gehwegen zumeist immer eine dünne Schneedecke verbleibt und nicht bis auf das Pflaster runtergefegt wird. Sicher aufgrund jahrelanger Erfahrungen.

Seitens der Verwaltung sollte hiermit lediglich darauf hingewiesen werden, dass es im Einzelfall auch mal notwendig wird, einfach aus objektiven Gründen die Buchstaben der Satzung entsprechend auszulegen.

**TOP 4.2.3. Festlegungskontrolle - Protokoll des Ortschaftsrates vom 03.02.2011
Vorlage: IV-0016/2011**

Leinenzwang für Hunde

In der Diskussion ging es wiederholt um den Leinenzwang für Hunde innerhalb der Ortschaft, wozu Regelungen erwartet werden.

Stellungnahme zur Anregung

In der Beratungsfolge 4. Quartal 2011 wird den gemeindlichen Gremien der Entwurf einer neuen Gefahrenabwehrverordnung zur Diskussion zur Verfügung gestellt.

TOP 6. Anfragen zu den Mitteilungen, Anfragen, Anregungen und Anträge zur Aufnahme auf die nächste Tagesordnung

Von den Mitgliedern des Ortschaftsrates werden folgende Anfragen gestellt:

1. Bauvorhaben Dreifachhalle

Am 15.02.2011 wurde das Bauvorhaben neue Dreifeldhalle vorgestellt. Das Bauvorhaben wurde nicht im Ortschaftsrat beraten, obwohl nach § 87 der Gemeindeordnung beim Bau von öffentlichen Einrichtungen der Ortschaftsrat zu hören ist.

Stellungnahme zur Anfrage

Die Anhörung des Ortschaftsrates erfolgte durch die Informationsveranstaltung am 15. Februar 2011.

2. Straßenbau Helldamm

Zum Straßenbau Helldamm fand noch keine Bürger-Informationsveranstaltung statt. Hinweise der Bürger können nicht mehr berücksichtigt werden.

Stellungnahme zur Anfrage

Der Termin zur Bürgerinformationsveranstaltung, das Bauvorhaben den Helldamm betreffend, steht noch nicht fest. Hier stehen noch einige Abstimmungen zwischen dem WWAZ und der Gemeinde Barleben aus, da der Ausbau des Helldamms als Gemeinschaftsmaßnahme laufen soll.

3. Mängel am Straßenpflaster

Am Straßenpflaster Breiteweg und in anderen Straßen wurden viele Schäden an Steinen festgestellt, was an der schlechten Qualität liegt.

Die Verwaltung sollte sich kümmern - bisher ist jedoch nichts passiert.

Von der Verwaltung ist ein Ansprechpartner zu benennen, der diese Straßenschäden gezielt bearbeitet und den Ortschaftsrat ständig entsprechend informiert.

Stellungnahme zur Anregung

Im Rahmen der IV-0113/2010 hat die Gemeindeverwaltung eine ausführliche Information über die Schadensbilder, mögliche Gewährleistungsansprüche, eingeleitete Aktivitäten zur Schadensbehebung sowie anderweitige Lösungsmöglichkeiten gegeben. Der Ortschaftsrat Barleben hat diese Vorlage in seiner Sitzung am 02.12.10 behandelt und zur Kenntnis genommen.

Um den Informationsfluss gegenüber dem Ortschaftsrat zu verbessern, wird die Verwaltung quartalsweise dem Ortsbürgermeister Barleben einen diesbezüglichen schriftlichen aktuellen Sachstand übergeben. Die erste Information erfolgt vor der Sitzung des OR Barleben am 05.05.11.

4. Hansenstraße - Gefahrenabwehr

Gegenüber dem Eingang Kindergarten Hansenstraße wurden 2 große Steine auf dem Fußweg abgelegt.

Im Rahmen der Gefahrenabwehr für Fußgänger wird empfohlen, diese Steine unverzüglich zu entfernen.

Abstimmung darüber: 15 ja

Stellungnahme zur Anregung

Seitens der Verwaltung wird die erteilte Sondernutzungserlaubnis schriftlich widerrufen.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dem Betroffenen verwaltungsrechtlich die Möglichkeit des Rechtsbehelfes eingeräumt werden muss. Nutzt er dieses aus, besteht die Aussicht, dass die Findlinge kurzfristig nicht weggeräumt werden.

Am 18.05.11 rief der Betroffene aufgrund des Artikels in der Volksstimme vom gleichen Tage an und erkundigte sich über den weiteren Fortgang.

Er wurde darüber informiert, dass die Erlaubnis schriftlich widerrufen wird. Ihm wurde nahegelegt, der Verfügung nachzukommen. Letztendlich ist es jedoch die Entscheidung des Betroffenen, ob er dagegen vorgeht.

TOP 15. Meinungs austausch zu nicht öffentlich zu beratenden Themen

1. Anwesenheit

Es wird kritisiert, dass heute von der Verwaltung kein stellv. Bürgermeister bzw. Amtsleiter anwesend ist, sodass viele Fragen offen bleiben.

Stellungnahme zur Anregung

Die Kritik wird zur Kenntnis genommen. Es kann jedoch auch zukünftig nicht zugesagt werden, dass zu jeder Sitzung eines Ortschaftsrates der Bürgermeister, sein Stellvertreter oder ein Amtsleiter an den Sitzungen des Ortschaftsrates teilnimmt. Davon hängt die Beantwortung der dort gestellten Fragen auch nicht ab. Die Fragen der Ortschaftsräte richten sich immer an den Ortsbürgermeister. Ein direktes Fragerecht an den Bürgermeister bzw. die Verwaltung ist nach der Gemeindeordnung nicht vorgesehen. Gleichwohl ist nicht beabsichtigt, die bisherige Praxis hierin zu ändern.

2. Baumpflanzungen am Breitweg

Zu den o. g. Baumpflanzungen wurde beobachtet, dass vor dem Pflanzen der Bäume Draht und Sack, die den Baum beim Transport schützen, auch nach direkten Hinweisen nicht entfernt wurden.

Es wird erwartet, dass die Bäume stark gewässert werden, um anzuwachsen.

Stellungnahme zur Anregung

Um den Wurzelballen nach dem Ausschälen in der Baumschule in sich zu halten, werden diese mit einem Drahtgeflecht und Wurzeltuch zusammengehalten.

Es ist üblich, den Drahtballen und das Ballentuch zu öffnen und am Stammansatz herunter zu drücken, um ein Einschnüren des Stammansatzes zu vermeiden.

Das Tuch verrottet und der Draht verrostet in der Erde, die Wurzeln wachsen durch.

Die Ballierung in vorgeschriebener Form ganz zu entfernen ist nicht sinnvoll, weil sich im Ballentuch bereits schon Feinwurzeln gebildet haben, die dann wieder abgerissen werden könnten. Die Entnahme der Bäume aus ihrem Quartier erfolgte im Februar.

Das verstärkte Wässern der Bäume durch die Galabau Firma wurde bereits durch den Auftraggeber angewiesen.

3. Agrarstraße

In der Agrarstraße wurde im letzten Jahr nach Abschluss der Arbeiten Sand für die Verfüllung der Fugen der Pflastersteine von BNP angeliefert.

Die Endreinigung sollte durch BNP erfolgen, was nicht geschah, und so landete der Sand in den Gossen.

Im März wurden die Anlieger von der Verwaltung aufgefordert, die Gossen zu fegen, was nicht in Ordnung sein kann.

Stellungnahme zur Anregung

Gängige Praxis ist es nach der förmlichen Abnahme einer Straßenbaumaßnahme (Pflaster in ungebundener Bauweise) die Pflasterflächen erneut einzusanden, da die Verfüllung (mehrfaches Einfegen von Sand bzw. Splitt- Brechsandgemisch) **über einen längeren Zeitraum erfolgen muss.**

Für die Statik eines Pflasterbelages ist die Fuge mitentscheidend. Schäden bei Pflasterdecken sind häufig auf nicht intakte Fugen zurückzuführen. Der Pflasterstein geht unter Verkehr über die Fuge eine elastische Abstützung mit seinen Nachbarsteinen ein. Die Pflasterdecke wird dadurch zu einem in sich stabilem Tragwerk, das Einzellasten flächig auf die Unterlage übertragen. Wird die Pflasterdecke seitlich durch Bordsteine gehalten, so wird der gesamte Steinverband, praktisch wie bei einem Gewölbe, eingespannt. Voraussetzung dafür ist, dass die **Pflasterfugen gut verfüllt** sind. Ist dies nicht der Fall, kann es zu Verschiebungen und Bewegungen kommen, die die Nutzung einschränken können.

Die Säuberung der jeweiligen Verkehrsanlagen regelt die Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst (Straßenreinigungssatzung) der Gemeinde Barleben (Ausfertigung vom 24.03.2009).

Gemäß § 1 unterliegen u. a. alle dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze der Gemeinde Barleben der Reinigungspflicht. Diese wird bzw. wurde entsprechend § 3 der Straßenreinigungssatzung auf die jeweiligen Eigentümer der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen, bebauten und unbebauten Grundstücke übertragen.

Dementsprechend bestimmt sich die Reinigungspflicht der Anlage der Agrarstraße. Die Art und den Umfang regelt § 4 der zuvor benannten Satzung.

Die Verkehrsanlage „Agrarstraße“ wurde im Sommer 2010 abgenommen, die Verkehrssicherungspflicht ging somit ab diesem Tage auf die Gemeinde über. Ebenso liegt die Reinigung in der Verantwortung der Gemeinde, welche hier gemäß § 3 der Straßenreinigungssatzung übertragen wurde.